

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Weichen für die Zukunft rechtzeitig stellen – das Prüfverfahren zur Rekommunalisierung der Abfallentsorgung muss beschleunigt werden

Zum 30. Juni 2018 laufen die Privatisierungsverträge über die operative Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen aus. In der Öffentlichkeit hat sich eine breite Debatte über die Zukunft der Abfallwirtschaft und die Vorteile einer Rekommunalisierung der Müllabfuhr entwickelt. Von der Gewerkschaft ver.di wird ein Volkstscheid „Müllabfuhr in Bürgerhand“ vorbereitet.

Mit einem Bürgerschaftsantrag vom 24. Juni 2013 wurde das Umweltressort zur – ergebnisoffenen – Prüfung der „Zukünftige(n) Strukturen der Abfallentsorgung“ beauftragt (Drucksache 18/357 S). Nach fast einem Jahr hat das Ressort noch immer keine (Zwischen-)Ergebnisse vorgelegt. In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Was macht die Arbeitsgruppe, die beim Umweltressort über die Zukunft der Bremer Abfallwirtschaft nachdenkt?“ bestätigt der Senat die fehlenden Ergebnisse (Drucksache 18/524 S).

Auch wenn die Verträge mit dem tarifflüchtigen Nehlsen-Konzern erst 2018 auslaufen, braucht es eine gründliche aber bestimmte Vorarbeit, um diese zentrale umweltpolitische Frage der nächsten Jahre rechtzeitig vorzubereiten. Deshalb darf es keine weiteren Verzögerungen seitens des Umweltressorts geben.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, spätestens in der ersten Sitzung der Stadtbürgerschaft nach der Sommerpause einen detaillierten Zwischenbericht vorzulegen, der die Punkte und Kriterien des Bürgerschaftsantrags vom 24. Juni 2013 (Drucksache 18/357 S) umfasst. Dabei ist auch zu klären, unter welchen Voraussetzungen die operative Abfallentsorgung der Stadtgemeinde in einer Anstalt öffentlichen Rechts zu realisieren wäre. Die Beteiligung der Fachöffentlichkeit an der Arbeitsgruppe beim Umweltressort ist zu ermöglichen.
2. Der Senat wird aufgefordert, nachdrücklich gegenüber dem Nehlsen-Konzern auf die vollständige Offenlegung der Bilanzen der Entsorgung Nord GmbH – hier insbesondere die aus den Bremer Abfallgebühren gespeiste Gewinnabführung an den Mutterkonzern – für die vergangenen zehn Jahre hinzuwirken. Aus volkswirtschaftlichen und haushaltspolitischen Gründen werden diese Informationen für die Vorbereitung einer Rekommunalisierung benötigt.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE